

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Volkscheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon 13693.** — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon 4596**

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorkauf 2.30 Mk.; Familiennachrichten die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., **Reklame-Kolonelle 7.50 Mk.** — **Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721**  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Berliner Arbeitslose gegen die Betriebsräte.

Berlin, 15. November. (Eigene Drahtmeldung der V. W.) In Berlin nahm gestern die von der Zentrale der Betriebsräte einberufene Versammlung im Sportpalast einen kühnen Verlauf. Mittags erzwang sich ein Zug Arbeitsloser Eingang in die Versammlung und forderte die Eröffnung des sofortigen Kampfes. Vor dem Sportpalast und in der Versammlung selbst kam es zu Schlägereien, in denen zahlreiche Arbeitslose beträchtliche Verletzungen davon trugen.

In der Versammlung forderte Brandier den Kampf und wies darauf hin, daß die SPD mit 400 000 Mitgliedern, die sie heute habe, die Verhältnisse anders ändern könne als 1918 und 1919. Der Kampf muß gegen Gewerkschaftsbureauskräfte und Arbeitsgemeinschaften gerichtet sein. „Im Kampf um die Kontrolle der Betriebsräte müßt ihr bereit sein, morgen oder übermorgen zur revolutionären Aktivität überzugehen. Euer Sloganswort muß sein: Sinein in die Betriebe!“

Die Arbeitslosen, von denen eine Deputation mit 300 Mitgliedern den Saaleingang erzwungen hatte, brachten es nun zu großen Tumulten. Die Arbeitslosen riefen den Versammelten zu: Psst Teufel! Ihr wollt Arbeiter sein, ihr habt wohl Angst vor uns! Der Arbeitslosenführer Schlüter erhielt schließlich das Wort und führte aus: Wenn ihr Arbeitenden mit uns nicht zusammengeht, dann kommen wir in die Betriebe und bieten uns billiger an. Stillen sie die Betriebe der Betriebsräte unterbrechen den Redner. Er fuhr fort: Wenn das Bürgertum jetzt die Orgeln gegen uns mobil macht, dann werden auch wir auf den Barrikaden stehen. Einen langen Kampf können wir nicht durchhalten. Es muß bald beginnen.

Brandier: Die Forderungen der Arbeitslosen sind ganz die unseren. Wir kämpfen mit euch auf Leben und Tod. (Zuruf der Arbeitslosen: Mit dem Maul!) Zu ähnlichen Szenen kam es dann noch, als eine Kührerin der Arbeitslosen, Frau Klatt, das Wort nahm. Der Vorstehende Wegmann wollte die Rednerin unterbrechen, doch löste dieser Versuch fürchterlichen Lärm aus. Die Versammlung wurde gelöst. Die Arbeitslosen hielten noch Ansprachen, in denen sie die Betriebsräte der Kommunisten, Neu-Kommunisten und USP, als Arbeiterverräter bezeichneten.

### Die Völkerbunds-Farce.

Berlin, 15. November. (W. T.) Vom Nachrichtenbureau des Vereins Deutscher Zeitungsvorleger Spezialbericht Nr. 1.

Genf, 14. November. Zur feierlichen Einleitung der morgen Vormittag beginnenden Völkerbundstagung fanden heute in den großen katholischen, protestantischen und jüdischen Gotteshäusern offizielle Gottesdienste (!!) statt, die stark besucht waren. (Das durfte nicht fehlen! Red. d. L. W.) Als erste Feierlichkeit der Tagung veranstaltete heute die Genfer Regierung einen großen Presse-Empfang, an dem auch der Schweizer Bundespräsident Motta teilnahm. Die deutschen Pressevertreter waren eingeladen worden. In der Stadt, in der der Bundesrat und bereits lärmliche Delegierte Quartier genommen haben, herrscht rege Bewegung. Die Straßen sind in den Farben Genf, der Schweiz und der Völkerbundstaaten reich besetzt. Alle Hotels sind überfüllt. Die französische und die englische Delegation, mit Ausnahme Balsours, der wegen Erkrankung erst in den nächsten Tagen erwartet wird, sind heute eingetroffen. Die englische Delegation weist mit der japanischen den stärksten Personenbestand auf. Die Völkerbundversammlung umfaßt die Delegationen von 41 Staaten, darunter die bekannten Minister und Diplomaten der alten und neuen Welt.

Aufnahmegesuche folgender Staaten liegen vor: Finnland, Estland, Litauen, Ukraine, Georgien, Armenien, Luxemburg, Island, San Marino. Dazu kommen Bulgarien und Desterreich. Bulgariens Aufnahme steht noch auf einige Bedenken. Die Aufnahme Desterreichs scheint gesichert, weil sie von Frankreich gewünscht wird.

Biel besprochen wird die Frage der deutschen Stellung zum Völkerbund. Man weist im allgemeinen darauf hin, daß ein deutscher Antrag nicht vorliege, nicht zu erwarten sei, und daß daher auf dieser Tagung die Frage nicht diskutiert werden dürfe. Daneben erhalten sich die Gerüchte von einem dahin zielenden Antrage eines neutralen Staates an'reich. Amerikas Herabsetzen lastet sichtlich auf der festlichen Stimmung, die allerdings durch die optimistische Erklärung libanesischer Diplomaten, daß Vorderamerika bald eintreten werde (?) etwas gehoben wird.

### Eine neue russische Drohnote an Ungarn.

Saaß, 14. November. Einem drahtlosen Telegramm aus Moskau zufolge hat Tschitscherin von neuem eine Drohnote an die ungarische Regierung gerichtet, worin er die bereits früher ausgesprochene Drohung wiederholt, daß, wenn die ungarische Regierung ihr Verwehren gegen die früheren Volkskommissare nicht einstellt, Rußland die seiner Zeit namhaft gemachten Geiseln in anderer Weise behandeln werde. Außerdem werden Vergeltungsmaßnahmen gegen die vielen noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen ungarischen Staatsangehörigen angedroht.

## Die Landtagswahl.

### Das Verbrechen der Moskauer.

Die sächsischen Landtagswahlen sind so ausgefallen, wie es bei der zersplitterten Front der Arbeiterschaft leider zu befürchten war. Das Bürgertum hat seine Stellung bedeutend verstärkt. Wenn auch die bürgerliche Mehrheit noch knapp abgewendet ist, so ist doch sehr zweifelhaft, ob die sozialistische Mehrheit zu mehr als gelegentlichem geschlossenem Auftreten kommen kann.

In der verflochtenen Volkstammer hatten die Rechtssozialisten die beherrschende Stellung inne. Daß sie stark zurückgehen würden, war bei den Früchten ihrer schwankenden, verbirgerlichten Politik, nach den Ergebnissen der letzten Reichstagswahlen sicher — die große Parabe von Rassel konnte nicht darüber täuschen, daß der Anhang, den die Rechtssozialisten in den Arbeiterkreisen verloren hatten, in der Zwischenzeit nicht zurückgehrt war. Mit der Schwächung des rechtssozialistischen Flügels mußte also gerechnet werden.

Aber die Sache des Sozialismus stand deshalb in Sachsen nicht trübe — bis zu dem Spaltungsanschlag der Moskauer. Was die Rechtssozialisten verloren, das konnte durch das Vordringen der Unabhängigen Sozialdemokratie zu einem erheblichen Teil wieder gut gemacht werden, so daß eine arbeitsfähige sozialistische Mehrheit unter unabhängiger Führung möglich geworden wäre, wodurch die Rechtssozialisten zum Aufgeben ihrer kläglichen Koalitionspolitik mit den Bürgerlichen, zur Befreiung an einer wirklich sozialistischen Politik gezwungen werden konnten.

So stand es bis zu den Tagen des September. — Aber diese Ausichten verblühten sich, als die Spaltungsspläne Moskauer bekannt wurden, und sie schwanden, als sie in Halle Erfolg hatten. Nachdem die Massenpartei der revolutionären Arbeiter Deutschlands zwar nicht zerschlagen und nicht gespalten war, da der Anschlag der Moskauer und ihrer deutschen Nachtreter nicht ganz ans Ziel gelangte, aber nachdem diese Massenpartei durch die Abspaltung der Neu-Kommunisten geschwächt war, mußten die Hoffnungen zurückgeschraubt werden. Es galt, durch energische Arbeit das Unheil, das das Verbrechen der Moskauer angerichtet hatte, nach Möglichkeit wieder gut zu machen. Diese Arbeit ist von der Unabhängigen Sozialdemokratie nach besten Kräften geleistet worden. Aber was Halle zerschlagen hat, das ließ sich in ein paar Wochen nicht wieder aufbauen. So kläglich das Ergebnis ihres Raubzugs auch für die Kommunisten ist — das Wahlergebnis zeigt, daß sie auch durch den Zugang der Neu-Kommunisten nicht die errechneten Erfolge bekommen, daß sie Seite bleiben nach wie vor —, eine Schädigung der Unabhängigen Sozialdemokratie ist ihnen vorerst gelungen. Dieses negativen Erfolgs dürfen sie sich rühmen.

Der Schlag traf die revolutionäre Arbeiterschaft in einer Situation, die die straffste Zusammenfassung ihrer Kräfte erfordert hätte. Daß das Bürgertum diesmal alles aufbieten würde, um die rote Mehrheit in Sachsen zu stürzen, lag auf der Hand, daß die Erstarkung seiner Organisationen, daß die Ausbreitung der Organe, die trotz aller auf dem Papier stehenden Verbote des rechtssozialistischen Innenministers auf dem Lande Zelle an Zelle sät, die bürgerliche Front erheblich getrübt hatte, und daß dieser Prozeß der bürgerlichen Konsolidierung auch gerade in den letzten Monaten, nach dem Erfolg der Reichstagswahlen noch fortgeschritten war, zeigte sich auf Schritt und Tritt. Die bürgerlichen Wähler sind denn auch in starker Zahl an der Wahlurne erschienen. Die steigende Ziffer der Wahlbeteiligung kommt wesentlich auf das Konto des Bürgertums — es gibt kleine ländliche Wahlorte wo fast 90 Prozent der Wahlberechtigten zur Wahlurne gingen und wo fast alle Stimmen den bürgerlichen Parteien zufließen!

Gegenüber diesem fetteren Zusammenschluß im bürgerlichen Lager die Verwirrung im Heerhaufen des Proletariats. Ihr Ergebnis drückt sich nicht nur in der Zersplitterung der Stimmen, sondern auch in Wahlverdröffenheit, in Wahlenthaltung aus. Unsicher gemacht durch den Streit in den eigenen Reihen, ist mancher Proletarier gar nicht zur Wahl gegangen. So töricht solche Unstimmigkeit ist, so wenig es der Staatsbürgerpflicht entspricht, die zu erfüllen jedes aufrechten Mannes und jeder denkenden Frau Stolz sein müßte, es muß mit dieser Wirkung solcher innerer Kämpfe, wie sie uns Moskauer Diktat besetzt hat, gerechnet werden, solange die politische Erziehung der deutschen Wählerschaft nicht weiter gediehen ist, als es bislang der Fall ist. Und solange muß auch in Rechnung gestellt werden, daß solche Bauernfang-Ränöver, wie sie die Neu-Kommunisten durch den Mißbrauch des Namens unsrer Partei und durch die Aufstellung der Liste Geyer unternommen haben, noch einen gewissen Erfolg erzielen können. Einen Erfolg den zu nicht zum zweitenmal haben werden! Die von Sinowjew geleitete Schouzeit ist in wenigen Wochen abzulaufen, die Zeit, wo man falsche Namen benutzen konnte, um Wähler, Rassen und Blätter zu fischen, geht zu Ende. Die Neu-

Kommunisten werden aufgehen in der kommunistischen Sekte, die sie vergebens zur Massenpartei aufzupumpen versuchen werden.

Die Klarheit, die diese Enthüllung des wahren Charakters der von der USP abgeplitterten endlich auch für die politisch weniger Geschulten bringt, wird die Arbeit unsrer Partei erleichtern. Sie hat trotz allem den Stolz, der ihr in Halle versetzt wurde überstanden, ohne unheilbaren Schaden davonzutragen. Sie hat in diesen Wahlen gezeigt, daß sie die Kommunisten beider Färbungen selbst dann noch weit hinter sich läßt, wenn ein Teil von diesen unter falscher Maske auftritt. Sie hat nach alledem die Gewähr, daß sie trotz allem die revolutionäre Massenpartei bleibt und nach kurzem Rückschlag bald das wieder wettmachen wird, was ihr der Tag von Halle was ihr diese Wahlen genommen haben. So trübe das Ergebnis des 14. November ist — es ist doch weit entfernt, uns zu entmutigen. Denn in dem Standhalten unsrer Partei im schlimmsten Unheil zeigt es, daß uns die Zukunft nicht verloren ist, daß in dem Körper der USP gesunde Kraft steckt, die Regenerierung und neues Wachstum verspricht.

Voraussetzung ist freilich die ernste, aufklärende Werbearbeit aller Glieder der Partei im Proletariat. Daran aber soll es nicht fehlen. Der 14. November muß der Ausgangspunkt erneuter Anstrengung sein, die Wunde von Halle zu schließen.

Dort sprach Genosse Hiesberg das Wort, daß die Besiegte von Halle die deutsche Arbeiterbewegung sei. Es hat sich am 14. November bewahrheitet. Aber wie der Sprecher dieses bitteren Wortes überzeugt war, daß die deutsche Arbeiterbewegung diese Niederlage überwinden werde, so sind wir es. Die deutsche Arbeiterbewegung kann zeitweise zurückgedrängt, aber sie kann nicht auf die Dauer zerstört werden, ehe nicht ihre Mission, die Befreiung der Arbeiterklasse, erfüllt ist. Niederlagen sind Mahnungen, die den Sieg vorbereiten, wenn ihre Lehren verstanden und beherzigt werden.

Das vorläufige Ergebnis, an dem die noch fehlenden Stimmen nicht mehr viel ändern können, bedeutet zahlenmäßig einen starken Ruck nach rechts. Das wird um so augenfälliger, wenn man das Resultat dieser Wahl vergleicht mit dem Ergebnis der letzten Reichstagswahlen im Juni d. J., das gerade für Sachsen eine außerordentlich scharfe Wendung nach der radikalen Richtung hin gebracht hatte. Zwar hatten auch damals schon die beiden Rechtsparteien infolge der Stärkung der Reaktion im Reich in Sachsen nicht unerheblich an Stimmen gewonnen. Andererseits aber waren die Demokraten stark zurückgedrängt (um 273 399 Stimmen), und auch die Rechtssozialisten hatten rund 300 000 Stimmen eingebüßt. Dafür aber hatte die USP, 253 582 Stimmen gewonnen und außerdem waren 105 222 kommunistische Stimmen aufgebracht worden. Dieses für die revolutionäre Arbeiterschaft günstige Resultat war zweifellos stark beeinflusst durch den unmittelbar vorhergegangenen Rapp-Putsch, der die Größe der reaktionären Gefahr sehr deutlich veranschaulichte. Inzwischen ist die Stimmung der Wähler durch den Gang der Ereignisse wesentlich beeinflusst worden. Der Rechtsputsch war niedergeschlagen. Das Treiben der Gegenrevolution geht zwar ungeschwächt weiter, aber weiten Kreisen der politisch Ungeübten und Laien kommt die Gefahr nicht mehr unmittelbar zum Bewußtsein. Dazu kommt die Zerrissenheit und der heftige Bruderkrieg in der Arbeiterbewegung, der in Gemeinschaft mit der infolge des unablässigen wirtschaftlichen Niedergangs auf die proletarischen Wählermassen deprimierend gewirkt hat. Angesichts dieser Umstände richtete sich das kapitalistisch orientierte Bürgertum auf und hat bei der diesmaligen Wahl die ver zweifeltsten Anstrengungen gemacht, in Sachsen die sozialistische Mehrheit zu beseitigen. Und das Wahlergebnis zeigt, daß die Rechtsparteien auch der letzten Mann an die Urne geschleppt und alle Reserven erschöpft haben, während die Wahlenthaltung wohl fast restlos auf Kosten der sozialistischen Parteien geht. Die Deutschnationalen haben seit dem 6. Juni 16 954 Stimmen und die Deutsche Volkspartei 87 491 Stimmen mehr erhalten. Die Demokraten haben 76 030, die Rechtssozialisten 75 861, und die USP, beider Richtungen 287 000 Stimmen eingebüßt. Die Kommunisten haben ungefähr 7000 Stimmen mehr erreicht.

Aber selbst wenn man die für uns so außergewöhnlich günstigen Verhältnisse am 6. Juni außer Betracht läßt und einen Vergleich zieht mit den Wahlen zur Volkstammer im Februar 1919, bleibt das Ergebnis der diesmaligen Wahl noch immer bedauerlich für die Arbeiterklasse.

Gegen Februar 1919 haben zwar die drei bürgerlichen Parteien zusammen nur rund 9000 Stimmen gewonnen. Davon kommen aber 86 776 Stimmen auf die Deutschnationalen und 276 131 Stimmen auf die Deutsche Volkspartei, die ihren Einfluß auf Kosten der Demokraten gestärkt haben, die in der gleichen Zeit einen Verlust von 349 429 Stimmen haben. Aber auch alle sozial-